

Hamm:
elephantastisch

Kein K I N D
zurücklassen!
Kommunen in NRW beugen vor

**Bildungs-, Erziehungs- und
Gesundheitspartnerschaft
Hamm**

Präsentationsmappe Bildungs-, Erziehungs- und Gesundheitspartnerschaft Hamm

Inhaltsverzeichnis

- Vorwort
- Zusammenfassender Kurztext vom 12.11.2012
- Diagramm Präventionsketten / Steuerung- und Vernetzung
- Diagramm Struktur „Kein Kind zurücklassen“
- Übersicht zu den Gremien
- Strategische Ziele / Operationalisierung / Indikatoren
- Ziele und Aufgaben der Arbeitsgruppen 2013
- Zeitschiene 2012 - 2014
- Auswertung der NRW Abfrage
- Resümee der NRW Abfrage
- Pressespiegel
- Ausdruck Präsentation vom 23.11.2012
- Beschlussvorlage mit Anlage zur Beschlussvorlage

Vorwort

Modellvorhaben

„Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“

**„Bildungs-, Erziehungs- und Gesundheitspartnerschaft Hamm“ –
Eine kommunale Gesamtstrategie für frühzeitige Prävention vor Ort**

Bereits seit etlichen Jahren engagiert sich die Stadt Hamm in einem hohen Maß für die bestmögliche Förderung unserer Kinder:

Bis heute wurden zahlreiche Projekte in ganz unterschiedlichen Bereichen initiiert und mit großem Erfolg durchgeführt. In besonderer Weise gilt das für Förderangebote im Bereich „Sprache“: Mit diesem besonderen Engagement wollen wir insbesondere Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund eine gute Perspektive auf einen erfolgreichen Schulabschluss bieten.

Unterschiedliche Einrichtungen und Träger arbeiten eng zusammen, damit die unterschiedlichen Angebote und Maßnahmen möglichst passgenau ineinandergreifen. Gemeinsam haben wir Strukturen geschaffen, die in vielerlei Hinsicht beispielhaft und zukunftsweisend sind. Trotz aller Bemühungen gibt es aber noch immer Lücken in unserer Präventionskette, die sich insbesondere an den Übergängen zeigen: das gilt für den Übergang von der Kindertagesstätte in die Grundschule ebenso wie für den Wechsel von der Primarstufe in die Sekundarstufen I und II. Aus diesem Grund beteiligt sich die Stadt Hamm am Projekt „Kein Kind zurücklassen“, das auf die Initiative von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft zurückgeht. In diesem Projekt ziehen Stadt und Land gemeinsam an einem Strang, um auch die kleinste Lücke dauerhaft zu schließen. Zudem werden unsere Bemühungen durch die Bertelsmann Stiftung wissenschaftlich begleitet.

Gemeinsam mit allen Beteiligten werden wir in den kommenden Monaten alle Maßnahmen und Projekte auf den Prüfstand stellen, so dass am Ende nur die Förderangebote übrig bleiben, die nachweislich erfolgreich sind. Auf diese Weise stellen wir sicher, dass jeder eingesetzte Euro tatsächlich hilft. Die Kinder in unserer Stadt verdienen die bestmögliche Förderung: Wenn wir heute in Bildung und unterstützende Maßnahmen investieren, dann kommt unsere Hilfe später in vielfacher Weise zurück.



Thomas Hunsteger-Petermann
Oberbürgermeister der Stadt Hamm

Zusammenfassender Kurzttext zum NRW-Modellvorhaben „Kein Kind zurücklassen, Kommunen in NRW beugen vor“

Ziel: In „Kein Kind zurücklassen“ soll gemeinsam Wirksamkeit und Effizienz von Präventionsmaßnahmen untersucht und fundierte Erkenntnisse zum Aufbau von Präventionsketten in die Fläche gebracht werden. Weg von der „Korrektur“ und hin zur „Prävention“. Unterstützende Maßnahmen sollen auf kommunaler und Landesebene abgestimmt werden. Hilfen sollen optimiert werden, um Kinder, Jugendliche und Eltern wirksamer unterstützen zu können.

Organisation: Die Projektkoordination auf Landesebene liegt beim Institut für Soziale Arbeit e.V. in Münster (ISA). Der Bereich des Controllings wird durch die Bertelsmannstiftung sichergestellt. Das Projekt untersteht direkt dem Oberbürgermeister der Stadt Hamm, unter dessen Federführung der Lenkungskreis des Vorhabens tagt. Beteiligt sind hier der Dezernent II, der Fachbereichsleiter 02, die Leitung des KJC, die obere und untere Schulaufsicht, sowie die leitende Geschäftsführung. Die Projektkoordination liegt beim Fachbereichsleiter 02 und die leitende Geschäftsführung bei der Kinderbeauftragten der Stadt. An der Geschäftsführung beteiligt sind das RBB (Regionale Bildungsbüro), das KJC, die Verwaltungsabteilung des Jugendamtes sowie zwei Trägervertreter.

Das Zusammenwirken der Akteure (Jugendhilfe, untere und obere Schulaufsicht, RBB, KJC / Jugendberufshilfe, Wirtschaftsförderung, etc.) in den jeweiligen Arbeitsfeldern hat eine gute Tradition in dieser Stadt. Arbeitsansätze wie Plan B (kommunales Vorläuferprogramm in Hamm) haben diese in einen anderen Zusammenhang gestellt.

Mit der erfolgreichen Bewerbung zum Modellvorhaben wurden in Zusammenarbeit mit der SRH Heidelberg sechs strategische Ziele für Hamm entwickelt:

1. Die Entwicklungschancen für Kinder und Jugendliche in Hamm sind deutlich gestiegen.
2. Eltern sind in ihrer Kompetenz zur Förderung ihrer Kinder deutlich gestärkt worden.
3. Die Fachkompetenz in Kita, Schule, Jugend- und Gesundheitsamt hinsichtlich der Erkennung von Entwicklungsrisiken und Fördermöglichkeiten ist verbessert worden.
4. Es gibt einen wirksamen Prozess des Risikocontrollings.
5. Ein Prozess der Institutionen- und phasenübergreifenden Zusammenarbeit in allen neun Sozialräumen ist institutionalisiert.
6. Das heutige Gesamtbudget der Stadt für die Entwicklungsunterstützung für Kinder und Jugendliche ist schrittweise von der Korrektur zur Prävention umgesteuert. Der Kostenanstieg ist gestoppt.

Spätestens seit der PISA - Studie wissen wir, dass rund 65% der Wissensvermittlung nicht über Bildungsinstitutionen, sondern über das Elternhaus erfolgen.

PISA sagt auch, dass „der Bildungserfolg mit positiven Synergien zwischen dem Elternhaus und dem schulischen Umfeld in Zusammenhang stehen kann, und dass die Kommunikation zwischen Eltern und ihren Kindern die Leistungen der Kinder positiv beeinflussen kann“. Den größten Einfluss auf den besuchten Schultyp in der Sekundarstufe I übt zudem die Bildung der Eltern aus (Bertelsmannstudie – Der volkswirtschaftliche Nutzen frühkindlicher Bildung).

Deshalb stellt der Bereich der Elternbildung und Elternberatung eine Querschnittsaufgabe im Modellvorhaben in Hamm dar. Mit der Elternschule Hamm e.V. (eine bundesweit anerkannte Einrichtung) sollen systematisch Elternbildungselemente in Kitas und Grundschulen, Sek. I und Sek. II sozialraumorientiert implementiert werden.

Über den im Rahmen des Modellvorhabens eingerichteten Fachbeirat werden Grundsatzthemen bearbeitet, z.B. die Entwicklung von einheitlichen Definitionen zu Prävention, Risiko, Bildung, Erziehung, etc., soll u. a. ein Erziehungs- und Bildungskonsens herbeigeführt werden. Es soll Träger und Institutionen übergreifend ein einheitliches Fachverständnis vorliegen.

Dies gilt auch für den Kita - Bereich. Gemeinsam mit Trägern sollen einheitliche Kriterien zur Entwicklungsbeobachtung und Förderdokumentation für Kinder in Kitas erarbeitet werden.

Es wird der städtische Besuchsdienst bei Geburten in Hamm neugestaltet. Neben dem Willkommenspaket werden ausführliche Informationen zur Entwicklungsförderung von Kindern sowie Beratungs- und Elternbildungsmöglichkeiten übermittelt.

Die Stadt Hamm setzt auf frühe Förderung. Laut oben benannter Bertelsmannstudie hat frühkindliche institutionelle Bildung einen stark positiven Einfluss auf die Bildungswege von Kindern. So wird der Kita - Ausbau für unter 3-Jährige in Hamm zielstrebig weiterverfolgt.

Das erfolgreiche Modellprojekt STARK (Elternberatung und Elternbildung durch Elternbegleiterinnen in Kitas und im Übergang zu Grundschulen; Eltern und Kinder stärken; umfangreiches und individuelles Ergebniscontrolling) wird sukzessive auf andere Stadtteile übertragen. In dem Projekt wurde zum ersten Mal der Nachweis erbracht, dass zeitgleiche Förderung von Eltern und Kindern die Entwicklung von Kindern deutlich positiv unterstützt. Hier wirkt das erste Kettenglied, Eltern und Kinder werden von Elternbegleitern des Projektes STARK hin zur Bildungsbegleitung des Bildungs- und Teilhabepaketes (BuT) übergeleitet.

Für die AG Grundschule steht die Weiterentwicklung der individuellen Förderung sowie die Unterrichtsentwicklung im Fordergrund. Darüber hinaus sollen die außerschulischen Unterstützungsnotwendigkeiten für die Zielgruppen Kinder und Eltern beschrieben werden.

Das Modellprojekt WEITER (Elternbildungsprojekt zu „Häuslichem Lernen“ und Möglichkeiten der Entwicklungs- und Bildungsförderung zuhause; parallel Förderunterricht in Schule) wurde weiterentwickelt. Der Bereich der Elternbildung ist strukturell in das Aufgabengebiet der Bildungsbegleitung Primarschule eingebunden. Derzeit laufen an sieben beteiligten Grundschulen Elternbildungskurse, die sich zunächst an die Eltern der Schülerinnen und Schüler der Klasse 1-2 richten. Sukzessive soll dieses Angebot weiter ausgebaut werden, ein entsprechendes Angebot für die Klassen 3 und 4, welches den Übergang zur Sekundarstufe I sichert, entwickelt werden.

Die Aufgaben der Bildungsbegleitung im Rahmen der Umsetzung des BuT sind - neben der allg. Beratung zu den Förderleistungen aus dem Bildungspaket (Übernahme der Kosten für Schulbedarf, Mittagessen und Klassenfahrten) - vor allem die notwendigen Unterstützung im Hinblick auf die Inanspruchnahme der Lernförderung und der Teilnahme an soziokulturellen Angeboten.

Neben den oben genannten Aufgaben, ist der Schwerpunkt der Bildungsbegleitung im Primärbereich in der einzelfallorientierten Förderung von Kindern und Beratung von Eltern zu sehen. Hier werden in enger Kooperation mit den beteiligten Schulen und den betroffenen Eltern die individuellen Förderschwerpunkte ermittelt und vereinbart. Diese werden ggf. unter Hinzuziehung weiterer Akteure und Nutzung bestehender Förderangebote bearbeitet. Das Ziel aller Bemühungen ist stets, die Bildungschancen aller Kinder gemäß Ihrer Neigungen

und Interessen so zu verbessern, dass ein Übergang in die Sekundarstufe I erfolgreich glücken kann.

Für die Bildungsbegleiter ab der 8.Klasse ist die berufliche Orientierung sowohl der Jugendlichen als die Unterstützung durch deren Eltern ein wichtiger Schwerpunkt ihrer Tätigkeit. Hier können die Bildungsbegleiter des Kommunalen JobCenters Hamm AöR (KJC) auf ein umfangreiches Angebot an Beratung und Unterstützungsleistungen „unter einem Dach“ zurückgreifen, denn seit August 2012 sind alle Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene in der Bismarckstraße 1 untergebracht. Die Bandbreite der Leistungen reicht hier von der Berufsberatung durch die Bundesagentur für Arbeit über die Vermittlung in Ausbildung durch das Team Ausbildungsvermittlung des KJC bis hin zu intensiven Unterstützungsmaßnahmen der kommunalen Kompetenzagentur Hamm. Ziel ist in allen Fällen, den Übergang von der Schule in den Beruf optimal zu gestalten und somit die Chance, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, für junge Menschen zu erhöhen.

Zur Umsetzung der Aufgaben im Bereich Übergang Sek II – Studium kooperieren viele unterschiedliche Partner, die Abstimmung und die intensivere Netzwerkarbeit will die Wirtschaftsförderung Hamm voran bringen. Die Schulen binden verstärkt Studien- und Berufsorientierung in den schulischen Alltag und den Unterricht ein, um junge Menschen auf berufliche Entscheidungsprozesse vorzubereiten. Die Hochschulen vor Ort bieten die Chance durch ihre Nähe, ihre praxisnahen Studiengänge und ihre Offenheit die Distanz zum Studienbetrieb zu verringern. Zu wissen, was einen erwartet, eröffnet berufliche Möglichkeiten. Der Kontakt zu Unternehmen oder beruflichen Vorbildern gewinnt dabei an Bedeutung. Um mehr Chancengerechtigkeit beim Hochschulzugang zu erreichen, werden wir verstärkt junge Menschen und deren Eltern über die Studienmöglichkeiten und Finanzierungswege informieren. Jährlich stattfindende Informationsveranstaltungen für diese Zielgruppen sind dazu ein wichtiger Baustein. Junge Menschen sollen ermutigt werden – wenn es ihren Neigungen entspricht – ein Studium aufzunehmen.

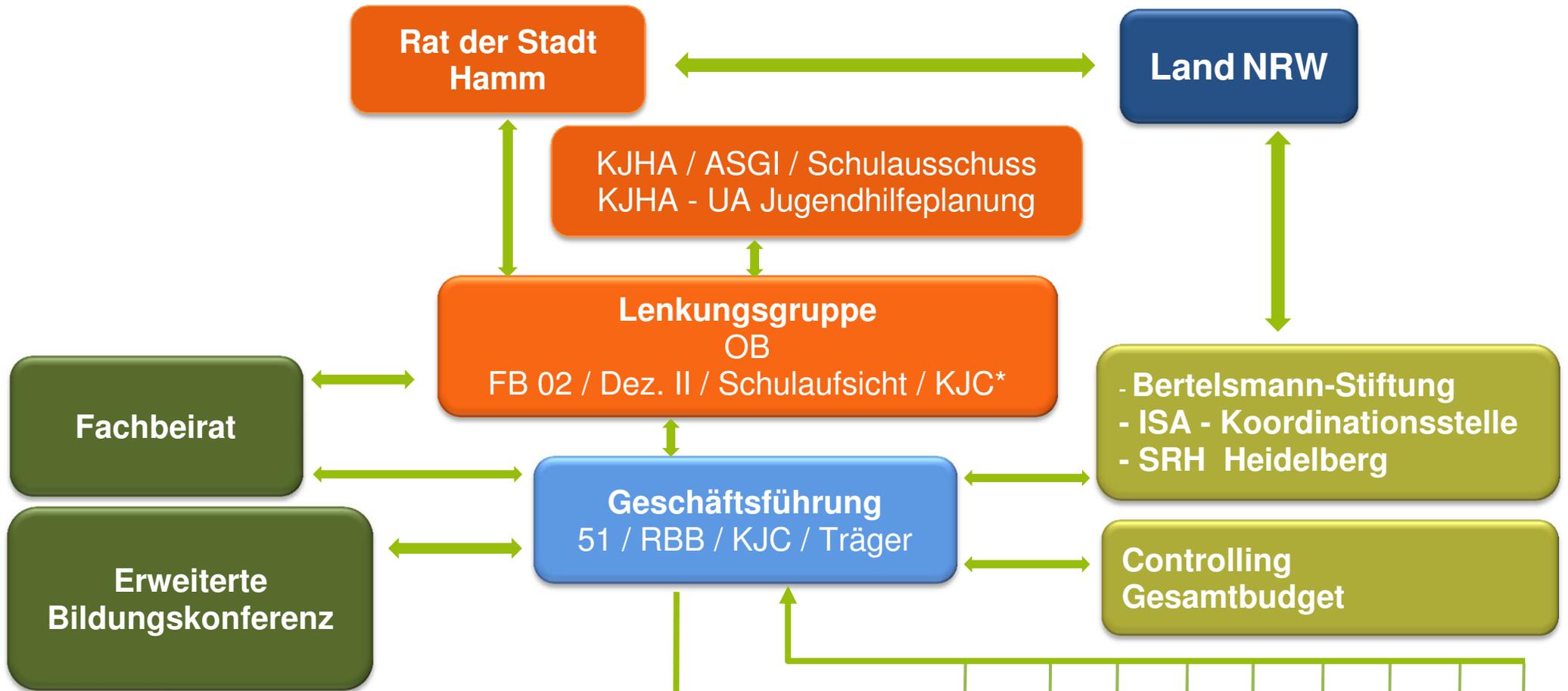
Im Rahmen vielfältiger Förderprojekte für Kinder ist immer wieder ein deutlicher Sprachförderbedarf bei Eltern festgestellt worden. Im Rahmen von STARK wurden niedrigschwellige Sprachkurse und Aufbaukurse für Eltern vor Ort über Träger in den Bildungsinstitutionen angeboten. Dieses Instrument hat sich als förderlich erwiesen und soll auf andere Sozialräume ausgeweitet werden. Sprache ist Zugang zu Bildung. Und Eltern können ihre Kinder in Bildungsinstitutionen nur soweit begleiten, wie sie der deutschen Sprache mächtig sind.

Jegliche Grundsätze und Ideen können nur greifen, wenn sie als erfolgreiche Maßnahme und Aktion im jeweiligen Sozialraum münden. Dort müssen sie begleitet und betrachtet werden. Für diese Aufgabe setzt die Stadt Hamm aus zusätzlichen kommunalen Mitteln über Träger Präventionskoordinatoren in allen neun Sozialräumen ein, die sich mittelfristig selbst finanzieren. Es sollen mehr Förderstrukturen denn kleinste Projekte entstehen.

Die Stadt Hamm möchte für alle Kinder, Jugendlichen und Eltern ein förderliches, aufeinander aufbauendes und nachvollziehbares Hilfs- und Unterstützungssystem vorhalten, das auch wirtschaftlichen Kriterien, im Sinne von effektiven Angeboten, gerecht wird. Deshalb wird ein Erziehungs- und Bildungscontrolling entwickelt und verbindlich angewandt. Die Stadt Hamm will erfolgreiche Bildungsbiografien initiieren und begleiten.

gez. Wesky
Kinderbeauftragte und
Geschäftsführung „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“

Präventionsketten - Steuerung und Vernetzung



Arbeitsstruktur der Angebots-Vernetzung									
Gesamtstadt	SozR 1	SozR 2	SozR 3	SozR 4	SozR 5	SozR 6	SozR 7	SozR 8	SozR 9
AG -9 bis Kita									
AG Kita									
AG Grundschule									
AG Sek I									
AG Sek II									

* KJC = Kommunales JobCenter Hamm

Struktur "Kein Kind zurücklassen"



- Geschäftsstelle Elternschule Hamm e.V. (Kinderbüro)
- Fachbeirat (städt. Beratungsstelle)

Querschnittsaufgaben

Übersicht zu den Gremien		
Name	Leitung	Zentrale Aufgaben
Lenkungsausschuss	Oberbürgermeister	<ul style="list-style-type: none"> - Freigabe der strategischen Ziele - Genehmigung der Jahresziele - Zuweisung der Ressourcen für das Projekt - Zuweisung der Befugnisse für die Geschäftsführung - Freigabe der Organisationsstruktur im Projekt - Aussenvertretung, soweit nicht an Geschäftsführung delegiert
Geschäftsführung	Frau Wesky Frau Diebäcker Frau Schillner Herr Schickhoff Vertreter frei Träger: Herr Holtmann (Caritas) Frau Kost-Ateser (AWO)	Operative Projektleitung mit <ul style="list-style-type: none"> -Operativer Zielplanung -Aufgabenzuweisung an Fachbeirat und Altersgruppen -Zielvereinbarungen für Sozialräume abschliessen, diese diese kontrollieren und Steuern -Operative Zusammenarbeit mit Familienhilfe und freien Trägern -Zusammenarbeit mit ISA und FH -Einbinden der laufenden Projekte (STARK usw.)
Fachbeirat	Herr Bartscher	Bearbeitung von Grundsatzfragen in Beauftragung durch die Geschäftsführung; erste Themen: <ul style="list-style-type: none"> -Definition und Förderbarkeit elterlicher Kompetenz (Nutzung der Erfahrungen der Elternschule) -Ausarbeitung zu Definition von Risikofaktoren -Klärung Datenweitergabe-Möglichkeiten -Klärung, wie zu Ziel 3 (Steigerung Kompetenz in der Risikoerkennung) die Qualifizierung und Berichte gestaltet werden
5 Altersgruppen -9 Monate - 3 Jahre -Kitas -Grundschule -Sek I (bis Kl.7) -Sek II und Übergangsmanagement		Bearbeitung von generellen Themen, die im Rahmen der Zielerreichung für die gesamte Stadt zu klären sind, z.B.: <ul style="list-style-type: none"> -Entwicklung niederschwelliger Angebote für Familien mit Kleinstkindern; -Weiterentwicklung der pädagogischen Diagnosen in Kitas -Verbesserung der Übergänge Kita-Grundschule, Grundschule und Sekundarstufe -Einbindung laufender Projekte (STARK, ...)
Präventionskoordination in 9 Sozialräumen	Freie Träger ggf. Nutzen städtischer Strukturen	In Zielvereinbarung mit der Geschäftsführung <ul style="list-style-type: none"> -Erfassung aller von der Stadt (mit-)finanzierten und sonstigen vorhandenen Förderangeboten -Verbesserung der zielbezogenen Zusammenarbeit im Sozialraum, speziell für Risikogruppen -Erfassung von Wirkungen der laufenden Projekte (auf der Basis von konzeptionellen Inputs des Fachbeirats und der Altersgruppen) - Identifikation von «Doppelprojekten» und Hilfe-Lücken -Begutachtung von neuen bzw. zu verlängernden Projekten -Enge persönliche Zusammenarbeit mit Familienhilfe, Stadtteilkoordination/Stadtteilarbeit mit Schul- und Kitaleitungen und im Sozialraum tätigen Freien Trägern

Stadt Hamm Ziele "Kein Kind zurücklassen" bis Projektende		
Strategisches Ziel	Operationalisierung / Indikatoren	
1 Die Entwicklungschancen für Kinder und Jugendliche in Hamm – und damit die Chancen zum Nutzen persönlicher Potentiale zur erfolgreichen Integration in Bildung, Arbeitswelt und Gesellschaft – sind deutlich gestiegen.	1.1	Niederschwellige aufsuchende Angebote identifizieren Risikokinder kurz nach der Geburt; die Einleitung von frühen Hilfen gelingt.
	1.2	"Sensoren" wie Kinderärzte und Kliniken erreichen nachweislich eine höhere Nutzung ihrer Diagnostik- und Förderangebote.
	1.3	Die Quote 4-jähriger Kinder mit Sprachförderbedarf als Ergebnis der Delphin-4-Sprachstandardfeststellung ist nach 2 Jahren um 10% gesunken.
	1.4	Die Quote der «Risiko»-Kinder im Entwicklungsbeobachtungs-verfahren ist nach 2 Jahren um 10% gesunken
	1.5	Die Quote der bei der Schuleingangsuntersuchung nicht schulfähig diagnostizierten Kinder ist bis zum Projektende um 10% gesunken.
	1.6	Die Grundschulempfehlung (differenziert auch nach eingeschränkter Empfehlung) steigt bis Projektende um 5% zur jeweils nächsthöheren Empfehlung.
	1.7	Der Anteil der Kinder, die nach VERA nur die Stufe "nicht auswertbare Leistung" und Fähigkeitsniveau 1 erreicht, vermindert sich um 10%.
	1.8	Am Ende der Klasse 4 haben alle Kinder – ausgenommen die mit besonderem Förderbedarf – im Schlüsselfach Deutsch mindestens die Note 4 erreicht.
	1.9	Die "Verbleibquote" an weiterführenden Schulen steigt um 10%.
	1.10	Die Zahl der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss – neutralisiert um Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die in allgemeinen Schulen unterrichtet werden, sinkt von (heute) 2,3% auf 2 %;
	1.11	Die Ausbildungs- und Beschäftigungsfähigkeit von Schulabgängern hat sich nachweislich verbessert.
		1.11.1
	1.11.2	Umsetzung einer flächendeckenden Berufsorientierung für alle Schüler/Schülerinnen allgemeinbildender Schulen ab der 8. Klasse
	1.12	Die 9 Sozialräume nähern sich in den genannten Werten signifikant positiv an.
Strategisches Ziel	Operationalisierung / Indikatoren	
2 Eltern sind in ihrer Kompetenz zur Förderung ihrer Kinder gestärkt worden.	2.1	"Elterliche Kompetenz" ist im Projekt definiert und mit weiteren Mess-Kriterien unterlegt.
	2.2	Die Teilnahme von Eltern aus Risikogruppen an «Elternschulen» und ähnlichen Aktivitäten ist (ausgedrückt in Teilnehmer x Veranstaltungsterminen) um 30% gestiegen
	2.3	Der Prozentsatz der Eltern, die Beratung durch Kindertagesstätten/Schulen NICHT annehmen, ist um 30% gesunken.
	2.4	Der Prozentsatz der Kinder, die wegen drohender Kindeswohlgefährdung fremduntergebracht sind, ist um 10% gegenüber 2012 gesunken, der Prozentsatz der ausserhalb von Hamm untergebrachten um 20%.

Strategisches Ziel	Operationalisierung / Indikatoren	
<p>3 Die Fachkompetenz in den beteiligten Bildungsinstitutionen und im Jugend- und Gesundheitsamt hinsichtlich der Erkennung von Entwicklungsrisiken sowie der Fördernotwendigkeiten ist verbessert worden.</p>	3.1	30% aller beteiligten Fachkräfte haben – vor allem institutionenübergreifend -Weiterbildungen zur Erkennung von und Förderung bei Entwicklungsrisiken absolviert.
	3.2	Berichte (u.a. der Stadtteilkoordinatoren) belegen die zunehmende Qualität von Förderdiagnostik und Förderung.
	3.3	Schnittstellenanalysen der SRH Hochschule Heidelberg (Interviews, Zufriedenheitsbefragungen, anonymisierte Fallanalysen) belegen, dass unter Beachtung des Datenschutzes die notwendigen «Übergaben» zwischen Bildungsinstitutionen möglich und wirksam sind (z.B. Kita zu Grundschule).
Strategisches Ziel	Operationalisierung / Indikatoren	
<p>4 Es gibt einen wirksamen Prozess des Risikocontrolling. Er ermöglicht, die Erfassung von Risikofaktoren für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen in Hamm und dient als Grundlage für koordinierte Förderung.</p>	4.1	Risikofaktoren sind identifiziert und durch geeignete statistische Verfahren in ihrer Risikowirkung nachgewiesen.
	4.2	Generelle Risiken, z.B. in Stadtbezirken, sind durch Strukturmassnahmen reduziert worden; dies ist durch Berichte und Statistiken nachgewiesen.
	4.3	Bei Kindern und Jugendlichen mit einer "Bündelung" schwerwiegender Risikofaktoren ist eine durchgängige Risikobewertung als Basis der Hilfestellung gelungen, soweit dies rechtlich möglich ist (Einwilligung der Eltern bzw. gesetzliche Möglichkeiten des Datenaustauschs).
	4.4	Alle Kitas führen die Entwicklungsbeobachtung nach einem qualifizierten Verfahren durch. Es wird ein einheitlicher Erfassungsbogen mit Förderempfehlungen angewandt
	4.5	Es ist ein Verfahren eingeführt und positiv evaluiert, das im Schlüsselkompetenzbereich "Sprache" Risikokinder an 5 Messpunkten (Eintritt in die Kita bis Übergang Sekundarstufe I) identifiziert und individuelle Förderung auslöst.
Strategisches Ziel	Operationalisierung / Indikatoren	
<p>5 Ein Prozess der Institutionen- und phasenübergreifenden Zusammenarbeit ist in allen Stadtteilen institutionalisiert. Er sichert von der Frühkindphase über den Elementar-, Primar- und die Sekundarbereiche eine</p> <p>→ zielgenaue Abstimmung aller städtisch (mit-) finanzierten Bildungs- und Unterstützungsaktivitäten für Kinder und Jugendliche; → dies gilt besonders für Kinder und Jugendlichen mit einem hohen Risikopotential.</p>	5.1	Die Steuerung und Genehmigung von Sozialprojekten zeigt die Ausrichtung auf eine Gesamtkonzeption der Förderung von Kindern und Jugendlichen und auf die Umsteuerung zu präventiven Leistungen.
	5.2	Berichte aus der Sozialraumkoordination belegen die Wirksamkeit der Steuerung der Projekte und Aktivitäten im Stadtteil.
	5.3	Schnittstellenanalysen der SRH Hochschule Heidelberg (Interviews, Zufriedenheitsbefragungen, anonymisierte Fallanalysen) belegen, dass unter Beachtung des Datenschutzes auf der Basis der Risikoanalysen eine wirksame ganzheitliche Einzelfallsteuerung gelingt.

Strategisches Ziel	Operationalisierung	
<p>6 Das heutige (zu erstellende!) Gesamtbudget der Stadt für die Entwicklungsunterstützung und bei Kindern und Jugendlichen</p> <p>→ ist schrittweise von Korrektur- zu Präventionsmaßnahmen umgesteuert und</p> <p>→ wirkungsorientiert bewertet und gelenkt.</p> <p>→ Der Kostenanstieg ist gestoppt.</p>	6.1	Das Finanzcontrolling weist die Umsteuerung von Mitteln nach.
	6.2	Die Genehmigungsplanung und Steuerung von Projekten ist dokumentiert mit konkreten Zielen (zu 1.-5. dieser Zielplanung) unterlegt; Projektcontrolling findet statt.
	6.3	An Freie Trägern werden Aufträge vergeben, die Zielvereinbarungen enthalten.
	6.4	Ein Fallcontrolling weist die Wirksamkeit von Interventionen nach.

Ziele und Aufgaben der Arbeitsgruppen in 2013

AG -9 Monate bis 3 Jahre außerhalb von Kitas

- 1 Sicherung bzw. Optimierung eines Frühwarnsystems „Ein guter Start für Kinder“
 - Auswertung der bislang geleisteten Arbeit, inklusive der Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern. Am 31.10.2012 liegt ein Auswertungsbericht vor, aus dem evtl. Änderungsbedarfe hervorgehen.
 - Die Überprüfung und ggf. Veränderung der Konzeption und der Dokumentationssysteme hat bis zum 31.12. 2012 stattgefunden.
- 2 Konzeptentwicklung „Neugeborenenbegrüßung“, welches u.a. die Identifizierung von Risikokindern ermöglicht
 - Bis zum 31.01.2013 ist ein Konzept entwickelt, inklusive Vorschlag für einen Dokumentationsbogen (per Familie und Gesamtauswertung). Eine diesbezügliche Absprache mit der Monitoring – AG hat stattgefunden.
 - Bis zum 31.03.2013 ist ein Abstimmungsprozess mit Ressourcenverantwortlichen erfolgt.
 - Die Erprobung und Umsetzung ist ab 01.04.2013 erfolgt.
 - Ein erster Auswertungsbericht liegt am 31.12.2013 vor.
 - Die Initiierung und Durchführung einer Fortbildung zur Risikoerkennung für die prakt. Durchführenden des Besuchsdienstes hat ab dem 01.02.2013, spätestens bis zum 31.03.2013 (in Absprache mit dem Fachbeirat) stattgefunden.
- 3 Sicherstellung eines Angebotes von regelmäßigen qualifizierten Mutter-Kind-Gruppen, besonders in Sozialräumen mit einem hohen Anteil von sozial benachteiligten und bildungsfernen Familien
 - Eine Übersicht von Eltern-Kind-Angeboten in den neun Sozialräumen und von Teilnahmequoten (Anzahl von teilnehmenden Kindern, die nicht in Kitas sind.) liegt bis zum 31.12.2012 vor.
 - Die Bedarfe von Mutter-Kind-Gruppen in allen neun Sozialräumen sind zum 31.12.2012 identifiziert. Eine Übersicht liegt vor.
 - Ab dem 01.08.2013 ist die Vorhaltung von ausreichenden Gruppenleitungen mit Kontakt zur Zielgruppe, ggf. die Ausbildung von neuen Gruppenleitungen durchgehend sichergestellt.
 - Ein qualifiziertes päd. Angebot ist in den Gruppen ab 01.08.2013 durchgehend gewährleistet. Es werden regelmäßige Schulungen angeboten.
- 4 Bis zum 31.12.2012 sind zu allen vorherigen Punkten Erfolgsindikatoren entwickelt worden.

A. Entwicklungsbeobachtung und individuelle Förderung

Mit einem fortlaufenden, einheitlichen Instrumentarium wird in allen Kindertageseinrichtungen in der Stadt Hamm und in der Tagespflege die Erfassung von Risikomerkmale einschließlich integrierter Förderempfehlung zur altersspezifischen Entwicklung von Kindern sichergestellt!

- A.1. Maximalziel: Für die betreuten Kinder ist bis zum 31.05.2013 ein einheitlicher, jährlicher Erfassungs- und Dokumentationsbogen zur altersspezifischen Entwicklung entwickelt.
- A.2. Für die Einführung der einheitlichen Erfassungs- und Dokumentationsinstrumente in allen Kindertageseinrichtungen in der Stadt Hamm ist bis zum 31.07.2013 ein Schulungskonzept entwickelt
- A.3. Bis zum 31.12.2013 sind 30% aller Kindertageseinrichtungen in dem neuen Instrumentarium geschult und setzen es nach der Schulung um.
- A.4. Bis zum 31.07.2013 sind eine einheitliche Förderdokumentation und ein dazu entsprechendes Schulungskonzept entwickelt.
- A.5. A.1. Bis zum 31.12.2013 sind 30% aller Kindertageseinrichtungen zur Förderdokumentation geschult und setzen diese ein.

B. Schlüsselkompetenz „Sprache“

Es ist ein Verfahren entwickelt und eingeführt, das im Schlüsselkompetenzbereich „Sprache“ Risikokinder an mindestens 3 Messpunkten (Beginn der institutionellen Tagesbetreuung, insbesondere, Eintritt in die Kita, Delfin 4, Übergang Grundschule) identifiziert und individuelle Förderung auslöst

- B.1 Maximalziel: Für die betreuten Kinder ist bis zum 31.05.2013 ein einheitlicher Erfassungs- und Dokumentationsbogen zur altersspezifischen Sprachentwicklung entwickelt.
- B.2 Für die Einführung der einheitlichen Erfassungs- und Dokumentationsinstrumente zur Schlüsselkompetenz „Sprache“ in allen Kindertageseinrichtungen in der Stadt Hamm ist bis zum 31.07.2013 ein Schulungskonzept entwickelt.
- B.3 Bis zum 31.12.2013 sind 30% aller Kindertageseinrichtungen in dem neuen Instrumentarium geschult und setzen es nach der Schulung um.
- B.4 Bis zum 31.07.2013 sind eine einheitliche Förderdokumentation „Sprache“ und ein dazu entsprechendes Schulungskonzept entwickelt.
- B.5 Bis zum 31.12.2013 sind 30% aller Kindertageseinrichtungen zur Förderdokumentation „Sprache“ geschult und setzen diese ein.
- B.6 Bis zum Beginn des Kita-Jahres 2013/2014 ist der Prozess der Entwicklungs- und Förderdokumentation zur Schlüsselkompetenz „Sprache“ für die gesamte Dauer der institutionellen Tagesbetreuung bis zum Eintritt in die Grundschule einschließlich Übergang beschrieben und bei allen Beteiligten bekannt gemacht.
- B.7 Bis zum 31.05.2013 liegt ein Fortbildungskonzept für Schulungen zur Schlüsselkompetenz „Sprache“ vor (z.B. Sprachförderung, Motorische Förderung u.ä.). Dabei sollen freie Träger auch mit dem Angebot und der Durchführung von Fortbildungen einbezogen sein.

C. Modellprojekt STARK

Das Modellprojekt STARK wird im Rahmen der Verantwortlichkeitswechsel zum 01.07.2012 fortgeführt. Während des Kita-Jahres 2012/2013 ist eine Ausweitung des Projektes auf einen weiteren Sozialraum ab dem Kita-Jahr 2013/2014 unter Ausnutzung von Optimierungsmöglichkeiten vorbereitet.

C.1 Bis zum **31.12.2012** ist der bisherige Projektverlauf ausgewertet und mit einem Bericht dokumentiert.

C.2 Bis zum 30.09.2013 ist eine Übertragung des Projektes STARK auf einen weiteren Sozialraum im Sinne der Ratsvorlage 1073/12 erfolgt. Im Rahmen dieser Übertragung sind notwendige inhaltliche Anpassungen (z.B. Konzept, Controlling, Trägerverträge) durchgeführt worden.

D. Übergang Kita – Grundschule

Bis zum 30.06.2013 ist für den Übergang von der Kindertageseinrichtung zur Grundschule in das Schuljahr 2013/2014 mit allen Beteiligten eine Konzeption entwickelt und eingeführt.

AG Grundschule

1 Individuelle Förderung und Unterrichtsentwicklung

Die Ergebnisse des bisherigen Arbeitskreises „Übergang Kita-Grundschule“ (Übergangskalender) werden in den Grundschulen umgesetzt.

Beginn: sofort

Ende: Umsetzung für alle an STARK beteiligten Grundschulen bis 31.07.2013

Umsetzung flächendeckend bis 31.07.2014

Auf der Basis der Definition „Risikokind“ durch den Fachbeirat Entwicklung eines gemeinsamen Verständnisses für diese Begriff im schulischen Kontext (evtl. wird diese Definition auch schon durch den Fachbeirat vorbereitet) bis zum 31.01.2013

Hinweis: Die zeitliche Umsetzung der folgenden Punkte soll in der AG besprochen werden.

Möglichkeiten und Instrumente einer praxistauglichen schulpädagogischen Diagnostik erarbeiten

- zur Identifikation von Risikokindern
- zur Potentialanalyse bei (Risiko-)Kindern

Konsequenzen der Diagnoseergebnisse für die (Förder-) Unterrichtsgestaltung entwickeln
Dabei ist insbesondere der Bereich „Sprache“ mit dem durchgängigen System der 5 Messpunkte zu betrachten.

Förderorientierte Beratung von Schülern und Eltern entwickeln unter Berücksichtigung außerschulischer Unterstützungsangebote und Verbesserung der Nutzung des Bildungs- und Teilhabepaketes der teilnahmeberechtigten Zielgruppen

Lehrerfortbildungskonzeptes für DAZ, Schwerpunkt Grundschule, zusammenstellen

In Bezug auf Risikokinder im Inklusionsprozess spezifische Förderbedarfe und –möglichkeiten definieren

2 Beschreibung von außerschulischen Unterstützungsnotwendigkeiten für die Zielgruppen Kinder und Eltern

Formulierung von Bedarfen und Schwerpunktthemen wie z.B. der Stärkung sozialer Kompetenzen, Entwicklung adäquater Lernstrategien, Entwicklung körperlicher Fitness und Mobilität sowie Entfaltung besonderer Begabungen, die über die von der Schule eigens zu leistende individuelle Förderung des Kindes hinausgehen und Implementierung und Umsetzung von adäquaten Angeboten aus dem Bildungs- und Teilhabepaket.

Formulierung von Bedarfen, die die Lehrkräfte in der Elternarbeit unterstützen bzw. diese möglich machen (Stichwort: Sprachbildung bei Eltern) sowie die Entwicklung von Kompendien zur Elternarbeit

AG Sek.I / Sek. II / Übergang Schule - Beruf

- 1 Systematische Umsetzung der Bildungsbegleitung nach dem Bildungs- und Teilhabepaket
- 2 Umsetzung der „Kommunalen Koordinierung“
- 3 Festlegung der Risikofaktoren für diese Altersgruppe
- 4 Alle Prozess Beteiligten haben sich auf ein einheitliches Feststellungsverfahren zu Risiken geeinigt
- 5 Dazu Entwicklung von Fortbildungen für alle am Prozess Beteiligten
- 6 Die Transparenz über erhobene Fehlzeiten liegt vor. Es wird einheitlich dokumentiert

AG Sek. II / Übergang Studium

Im Dez. 2012 findet eine entsprechende Zielplanung unter Beteiligung der SRH statt. Hier werden die Ziele für das RBB (Regionales Bildungsbüro) und für die AG Sek.II / Übergang Studium im Rahmen von „Kein Kind zurücklassen“ definiert.

Fachbeirat

- 1 Der Fachbeirat hat sich nach den Sommerferien 2012, spätestens vor den Herbstferien 2012 konstituiert.
- 2 Der Fachbeirat hat bis **30.11.2012** Entwicklungsrisiken definiert. Arten von Risiken und Risikogruppen, auch nach Lebensphasen der Kinder und Jugendlichen, sind benannt und beschrieben. Ein Fortbildungsangebot zur Steigerung der Kompetenz in der Risikoerkennung ist entwickelt und wird ab **01.02.2013** bedarfsgerecht in allen neun Sozialräumen angeboten.
- 3 Der Fachbeirat hat bis zum 31.01.2013 eine Begriffsklärung und Definition zu Prävention vorgenommen. Formen von Prävention, Präventionsgrade und Präventionsbereiche sind beschrieben
- 4 Der Fachbeirat hat bis 31.03.2013 die Begriffe Frühe Hilfen und Frühe Bildung definiert. Es liegen Qualitätsstandards vor.
- 5 Der Fachbeirat hat bis zum 30.06.2013 einen ersten Entwurf zur Messung der Wirksamkeit sozialer Maßnahmen entwickelt. Er enthält konkrete Standards zu Evaluation und Controlling und einen Vorschlag zum Management. Rahmenbedingungen zu entsprechenden Möglichkeiten der Datenweitergabe (Schutz und Pflicht) sind benannt. Eine konkrete Umgehensempfehlung liegt vor. Zu Punkt 5. finden enge Absprachen mit der Controlling – AG statt.
- 6 Der Fachbeirat definiert bis zum 30.09.2013 den Begriff elterlicher Kompetenz und zeigt (in Zusammenarbeit mit der Elternschule Hamm) Elternförderangebote für alle Altersphasen von Kindern auf.
- 7 Der Fachbeirat hat bis zum 31.10.2013 einen Vorschlag zu einem übergreifenden Bildungsbegriff entwickelt. Er differenziert dabei nach formaler und informeller Bildung. Er verdeutlicht die Bedeutung des familiären und nachbarschaftlichen Systems für Bildung. Er beschreibt den Unterschied zwischen lokalen und regionalen Bildungslandschaften
- 8 Der Fachbeirat hat bis zum 31.12.2013 die inhaltliche Vorbereitung eines Erziehungs- und Bildungskonsens vorgenommen. Ein Entwurf liegt vor

Elternschule

- 1 Die Elternschule Hamm entwickelt bis zum 30.06.2013 ein Konzept von Elternbildungsangeboten für alle Lebensphasen von Kindern und Jugendlichen.
- 2 Die Elternschule Hamm erarbeitet bis zum 30.06.2013 ein Konzept zur Verankerung und Vorhaltung von Elternbildungsangeboten für alle Lebensphasen von Kindern und Jugendlichen in sämtlichen neun Sozialräumen.
- 3 Die Umsetzung erfolgt ab dem 01.07.2013 kontinuierlich.
- 4 Die Elternschule Hamm überarbeitet in Absprache mit der Controlling - AG bis zum 30.09.2013 die Evaluationsinstrumente und das Controlling der Elternschule.
- 5 Die überarbeiteten Evaluationsinstrumente und das neu geschaffene Controllingsystem werden ab dem 01.10.2013 angewandt.

Termine	10/12	11/12	12/12	01/13	02/13	03/13	04/13	05/13	06/13	07/13	08/13	09/13	10/13	11/13	12/13	01/14	02/14	03/14	04/14	05/14	06/14	07/14	08/14
-9 Monate bis 3 Jahre																							
Abgabe der Berichte			01.		01.		01.		01.		01.		01.		01.		01.		01.		01.		01.
1.a Auswertungsbericht liegt vor	31.																						
1.b Überprüfung der Konzeption/Dokumentationssysteme ist erfolgt			31.																				
2.a Konzept "Neugeborenenbegrüßung" entwickelt, Absprache mit Monitoring AG stattgefunden				31.																			
2.b Abstimmungsprozess mit Ressourcenverantwortlichen ist erfolgt						31.																	
2.c Erprobung und Umsetzung ist erfolgt							01.																
2.d Erster Auswertungsbericht liegt vor															31.								
2.e Fortbildung zur Risikoerkennung hat stattgefunden ab 01.02.2013								31.															
3.a Übersicht Eltern-Kind Angebote liegt vor			31.																				
3.b Bedarfe von Mutter-Kind-Gruppen sind identifiziert			31.																				
3.c Ausreichend Gruppenleitungen ab Stichtag sichergestellt											01.												
3.d Qualif. Päd. Angebot ist ab Stichtag sichergestellt											01.												
4 Zu allen vorherigen Punkten sind Erfolgsindikatoren entwickelt			31.																				
Kita																							
Abgabe der Berichte			01.		01.		01.		01.		01.		01.		01.		01.		01.		01.		01.
A.1 Max: Einheitlicher, jährlicher Erfassungs- und Dokumentationsbogen zur altersspzf. Entwicklung								31.															
A.1.a Eing. Ziel:Einheitlicher, jährlicher Erfassungs- und Dokumentationsbogen zu Entwicklungsrisiken							30.																
A.1.b Min: Einheitlicher, jährlicher Ergebnisbogen zu Entwicklungsrisiken entwickelt/angewandt in allen Kitas								31.															
A.2 Schulungskonzept ist entwickelt										31.													
A.3 30% aller Kitas sind in dem Instrumentarium geschult und setzen es um															31.								
A.4 Einheitliche Förderdokumentation und entsprechendes Schulungskonzept ist entwickelt										31.													
A.5 30% aller Kitas sind zur Förderdokumentation geschult und setzen es ein															31.								
A.5.a Min: In Zhg.mit Min.ziel A.1.b) sind alle Kitas geschult u. setzen die Förderdokumentation ein															31.								
B.1 Max: Einheitlicher, jährlicher Erfassungs- und Dokumentationsbogen zur altersspez. Sprachentwicklung								31.															
B.1.a Eing. Ziel: Einheitlicher Erfassungs- und Dokumentationsbogen zu Entwicklungsrisiken "Sprache"							30.																
B.1.b Einheitlicher Ergebnisbogen zu Entwicklungsrisiken "Sprache" entwickelt und in allen Kitas eingesetzt								31.															
B.2 Schulungskonzept entwickelt										31.													
B.3 30% aller Kitas sind in dem Instrumentarium geschult und setzen es um															31.								
B.4 Einheitliche Förderdokumentation "Sprache" und entsprechendes Schulungskonzept entwickelt										31.													
B.5 30% aller Kitas sind zur Förderdokumentation "Sprache" geschult und setzen es ein															31.								
B.5.a Min.ziel: In Zhg.mit Min.ziel A.1.b) sind alle Kitas geschult u. setzen die Förderdokumentation ein															31.								
B.6 Prozess der Entwicklungs- und Förderdok. zur Schlüsselkompetenz "Sprache" beschrieben u. bekannt											01.												
B.7 Fortbildungskonzept für Schulungen zur Schlüsselkompetenz "Sprache" liegen vor								31.															
C.1 Projektverlauf (STARK) ist ausgewertet und dokumentiert			31.																				
C.2 Übertragung des Projektes STARK auf weiteren Sozialraum ist erfolgt												30.											
D Konzeption für Übergang Kita-Grundschule ist entwickelt und eingeführt									30.														
Grundschule																							
Abgabe der Berichte			01.		01.		01.		01.		01.		01.		01.		01.		01.		01.		01.
1.a.1 Ergebnisse des AK "Übergang Kita-Grundschule" sind an allen an STARK bet. Grundschulen umg.										31.													
1.a.2 Ergebnisse des AK "Übergang Kita-Grundschule" sind flächendeckend an allen Grundschulen umg.																						31.	
1.b Gemeinsames Verständniss für den Begriff "Risikokind" im schulischen Kontext ist entwickelt				31.																			
1.c.1 Möglichk./Instr.einer praxistauglichen schulpäd. Diagnostik z. Identifikation von Risikokindern erarbeitet															31.								
1.c.2 Möglichk./Instr.einer praxistauglichen schulpäd. Diagnostik z. Potentialanalyse bei (Risiko-)Kindern erar.															31.								
1.d Konsequenzen der Diagnoseergebnisse für die (Förder-) Unterrichtsgestaltung ist entwickelt															31.								
1.e Förderorientierte Beratung von Schülern und Eltern entwickelt, Verbesserung der Nutzung des BuT															31.								
1.f Lehrerfortbildungskonzepte für DAZ, Schwerpunkt Grundschule, zusammengestellt															31.								

Termine	10/12	11/12	12/12	01/13	02/13	03/13	04/13	05/13	06/13	07/13	08/13	09/13	10/13	11/13	12/13	01/14	02/14	03/14	04/14	05/14	06/14	07/14	08/14	
Grundschule																								
1.g In Bezug auf Risikokinder im Inklusionsprozess spezifische Förderbedarfe und –möglichkeiten def.																								31.
2.a Formulierung von Bedarfen und Schwerpunktthemen sind entwickelt																								31.
2.b Form. von Bedarfen, die Lehrkräfte in der Elternarbeit unterstützen. Kompendien zur Elternarbeit entw.																								31.
Sek I																								
Abgabe der Berichte			01.		01.		01.		01.		01.		01.		01.		01.		01.		01.		01.	
1.1.a Begriff "Rückläuferquote" ist definiert																								31.
1.1.b Rückläuferquote ist in Schulstatistik erfasst																								31.
1.1.b System zur frühzeitigen Erkennung Risiko Schulwechsel ist geschaffen																								31.
1.1.c Verbleibquote an der angestrebten Schulform hat sich um 10% verbessert																								31.
1.2.a 80% der SuS, die von Nichtversetzung bedroht sind wurden Maßnahmen zur Förderung eingeleitet																								31.
1.2.b Ausgangsdaten sind definiert und erfasst										01.														
1.2.c Lernförderung nach BUT wird flächendeckend an allen Hammer Schulen eingesetzt													31.											
1.2.d Lernförderung für SuS, die nicht anspruchsberechtigt nach BUT sind ist implementiert													31.											
1.3.a Begriffe "Fehlstunden, durch Eltern gedeckte Fehlstunden, Schulschwänzen, Schulverweigerung" def.										01.														
1.3.b Einigung, die genannten Tatbestände in eine Gesamtübersicht zu erfassen ist erfolgt											01.													
1.3.c Maßnahmen/Instrumente zur Vermeidung/Verhinderung von Fehlzeiten sind eingerichtet/geschult																								31.
2.1.a Anteil Eltern, die an Elternbildungsangeboten teilnehmen ist um 5% gestiegen																								31.
2.1.b Anteil Eltern, die reglm. an Klassenpflegschaftssitzungen und Schulveranstalt. teiln. um 10% gestiegen																								31.
3.1 Risikofaktoren für die Altersgruppe sind festgelegt										01.														
3.2 Für allem am Prozess Beteiligten sind Fortbildungen entwickelt													01.											
4.1 Alle Prozessbet. einigen sich auf einheitl. Feststellungsverfahren der in 31 entwickelten Risikofaktoren																								31.
4.2 Alle Prozessbeteiligten führen diese Verfahren zu einem bestimmten Stichtag durch																								31.
4.3 Ergebnisse werden zw. den Beteil. ausgetauscht. Datenschutzerklärung ist entwickelt und wird angewandt																								31.
Sek II																								
Abgabe der Berichte			01.		01.		01.		01.		01.		01.		01.		01.		01.		01.		01.	
1.1 80% der Schüler, die regm. begl. und geförd. wurden, wird Abschluss nach Kl. 10 oder höher erreicht																								31.
1.2.a 40% aller geförd. Schüler mit Empf. für höhere Schulform, werden beim Wechsel unterstützt																								31.
1.2.a Anteil an Schülern mit höherwertigen Schulabschluss im SGB II ist um 15 % gestiegen																								31.
1.2.b Quote der höherwertigen Schulabschlüsse laut Schulumtstatistik ist um 20% gestiegen																								
1.2.b Ausgangsdaten sind definiert für die Verbesserung von Schulabschlüssen innerhalb einer Schulform																								
1.3.a Begriffe "Fehlstunden, durch Eltern gedeckte Fehlstunden, Schulschwänzen, Schulverweigerung" def.																								
1.3.b Einigung, die genannten Tatbestände in eine Gesamtübersicht zu erfassen ist erfolgt																								
1.3.c Maßnahmen/Instrumente zur Vermeidung/Verhinderung von Fehlzeiten sind eingerichtet/geschult																								31.
1.4.a Steigerung des Anteils an ausbildungsfähigen jungen Menschen																								31.
1.4.b Steiger. des Anteils an Jugendl., die direkt nach Schulabschluss qual. Anschlussperspektive haben																								31.
2.1.a Anteil Eltern, die an Elternbildungsangeboten teilnehmen ist um 5% gestiegen																								31.
2.1.b Anteil Eltern, die reglm. an Klassenpflegschaftssitzungen und Schulveranstalt. teiln. um 10% gestiegen																								31.
2.1.c Anzahl der Infoveranstaltungen zur Einbin. der Eltern in Proz. der berufl. Orient. der Kinder ist gestiegen																								31.
2.1.d Quote von dokumentierten Einzelplanungsgesprächen zur beruflichen Orientierung ist gestiegen																								31.
3.1 Risikofaktoren für die Altersgruppe sind festgelegt																								
3.2 Für allem am Prozess Beteiligten sind Fortbildungen entwickelt																								
4.1 Alle Prozessbet. einigen sich auf einheitl. Feststellungsverfahren der in 3.1 entwickelten Risikofaktoren																								31.
4.2 Alle Prozessbeteiligten führen diese Verfahren zu einem bestimmten Stichtag durch																								31.
4.3 Ergebnisse werden zw. den Beteil. ausgetauscht. Datenschutzerklärung ist entwickelt und wird angewandt																								31.

Termine	10/12	11/12	12/12	01/13	02/13	03/13	04/13	05/13	06/13	07/13	08/13	09/13	10/13	11/13	12/13	01/14	02/14	03/14	04/14	05/14	06/14	07/14	08/14
Fachbeirat																							
Abgabe der Berichte			01.		01.		01.		01.		01.		01.		01.		01.		01.		01.		01.
1 Fachbeirat hat sich konstituiert	08.																						
2 Entwicklungsrisiken sind definiert, Fortbildungsangebot entwickelt				31.																			
2 Fortbildungsangebot wird bedarfsgerecht in allen Sozialräumen angeboten					01.																		
3 Begriff "Prävention" definiert, geklärt und Formen davon beschrieben		30.																					
4 Begriffe "Frühe Hilfen" und "Frühe Bildung" definiert. Qualitätsstandards liegen vor						31.																	
5 Entwurf zur Messung der Wirksamkeit, inkl. Standards sind benannt. Umgehensempfehlung liegt vor									30.														
6 Begriff "elterliche Kompetenz" definiert. Elternförderang. für alle Altersphasen von Kindern aufgezeigt													30.										
7 Vorschlag für übergreifenden Bildungsbegriff entwickelt														31.									
8 Inhaltliche Vorbereitung eines Erziehungs- und Bildungskonsens vorgenommen, Entwurf liegt vor															31.								
Elternschule																							
Abgabe der Berichte			01.		01.		01.		01.		01.		01.		01.		01.		01.		01.		01.
1 Konzept von Elternbildungsangeboten für alle Lebensphasen von Kindern und Jugendlichen entwickelt									30.														
2 Konzept zur Verankerung und Vorhaltung von Elternbildungsang. in neun Sozialräumen erarbeitet									30.														
3 Die Umsetzung des Konzeptes (2) erfolgt ab dem Stichtag (1.Juli 2013) kontinuierlich										01.													
4 Evaluationsinstrumente in Absprache mit der Controlling-AG überarbeitet												30.											
5 Überarbeitete Evaluationsinstrumente und das neu geschaffene Controllingsystem werden angewandt														01.									

Auswertung der NRW Abfragen

- Handout zur Praxismodulprüfung P 4 -

I. Allgemeines

Berücksichtigt sind

- 189 Angebote
- 52 Netzwerke

II. Angebote

a) Ziele

- Ausreichende Angebote anbieten
- Frühe Hilfen und Frühe Bildung
- Begünstigte bzw. Adressaten sind primär Kinder
- Eltern sind nur mittelbar Adressaten
- Begleitung über alle Altersgruppe mit Hilfe eine optimierte Controllingsystems

b) Daten

Anzahl der Angebote nach Sozialraum

Mitte	Norden	Westen	B.Hövel	Pelkum	Heessen	Herringen	Rhynern	Uentrop	Gesamt
12	11	39	29	6	22	20	14	10	54

→ Großteil der Angebote im Westen und gesamtstädtisch

→ Wenige Angebote in Pelkum

Anzahl Angebote nach Altersstruktur

-9 Mon. - 3 Jah.	-9 Mon. - Kita	Kita	Kita - Grundschule	Grundschule	Grundschule - Sek: I	Sek. I	Sek I - Sek II	Grundschule	Sek II	Mehrere	Eltern
20	7	3	5	29	9	14	24	27	0	37	14

→ 18,52 % der Angebote bis Altersgruppe Grundschule

→ 61,90 % der Angebote ab Altersgruppe Grundschule (inkl. Grundschule)

→ 19,58 % der Angebote über mehr als zwei Altersgruppen hinaus

Angebotsverteilung nach Zielgruppen

Angebote primär für Kinder		Angebote primär für Eltern		Angebote mittelbar für Eltern	
Kinder (0-18)	Sonstige (Eltern, Einrichtungen...)	Eltern	Sonstige	Eltern	Sonstige
73 %	27 %	20 %	80 %	86 %	14 %

→ Knapp ein Viertel der Angebote primär nicht an Kinder

→ Eltern sind nicht primär Adressaten, jedoch sind Eltern in 86 % der Angebote mit eingebunden

Fristsetzung der Angebote

unbefristete Angebote	befristete Angebote
61 %	39 %

- Kurzfristig sind befristete Angebote vorteilhafter, falls sie als uneffektiv eingestuft werden
- Langfristig geben jedoch unbefristete Angebote Planungssicherheit

Finanzierungsstruktur der Angebote

	Öffentliche Regelfinanzierung	Stiftung(en)	Spenden	Sponsoring	Sonstiges
Finanzierung	132	8	21	6	79
davon kommunal	83				20
davon nicht kommunal	15				57
keine Angabe	34				

- 54,5 % der Angebote werden zumindest kommunal mitfinanziert

Messung der Angebote

Indikator vorhanden		Kein Indikator	
wird evaluiert	wird nicht evaluiert	wird evaluiert	wird nicht evaluiert
85	23	33	31

- 21,3 % der Angebote werden nicht evaluiert, obwohl ein Indikator vorhanden ist.
- 51,6 % der Angebote werden ohne Indikator evaluiert.

III. Netzwerke

a) Ziele

- Bündelung vorhandener Ideen
- Netzwerke verknüpfen und im Sinne einer Gesamtstrategie steuern
- Steuerung der Kooperation in den verschiedenen Sozialräumen

b) Daten

Anzahl der Netzwerke nach Sozialraum

Mitte	Norden	Westen	B.Hövel	Pelkum	Heessen	Herringen	Rhyern	Uentrop	Gesamt
1	5	4	6	2	1	5	2	4	23

- Großteil der Netzwerke sind gesamtstädtisch organisiert
- Sozialräume weisen Unterschiede bei der Anzahl der vorhandenen Netzwerke auf

Koordinierung

Angebote an Netzwerk angebunden?		Städtische Institutionen an Leitung beteiligt?	
ja	nein	ja	nein
67 %	33 %	75 %	25 %

- 127 Angebote sind an Netzwerke angebunden
- 75 % der Netzwerkleitungen weisen städtische Beteiligung auf

IV. Aufgaben der Präventionskoordination

a) Zielvereinbarungen

- Sozialräumliche Ziele basierend auf den strategischen Zielen des Modellvorhabens „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“
- Diese sind durch die kommunale Projektsteuerung (Geschäftsführung) und den politischen Gremien zu konkretisieren (KJHA, Jugendhilfeplanung)

b) Realisierung von Aktionen

- Auf Basis dieser Ziele hat die Präventionskoordination Erziehungs- und Bildungsaktivitäten im Sozialraum zu planen und zu initiieren.
- Beispielsweise:
 - Bestandsaufnahme von Projekten
 - Ansprechpartner im Sozialraum
 - Regelmäßiger Austausch mit Familienhilfe und Verantwortlichen beim Jugendamt
 - etc.

c) Analyse

- Unterrichten der Projektleitung mit Berichten/Abstimmungsgesprächen über die Wirksamkeit und die Probleme der Bildungs- und Erziehungsaktivitäten im Sozialraum

d) Optimierungsmaßnahmen

- Vorschläge auf Basis der Analyse
 - zur zielorientierten Projektgestaltung und –steuerung
 - Anregung von neuen Fortbildungen für Beteiligte
 - Übertragung von erfolgreichen Konzepten auf andere Institutionen
- Auf Basis dieser Optimierungsvorschläge setzt dann wieder der Schritt IV.a – Zielvereinbarungen – ein.

Modellvorhaben

„Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“

**„Bildungs-, Erziehungs- und Gesundheitspartnerschaft Hamm“ –
Eine kommunale Gesamtstrategie für frühzeitige Prävention vor Ort**

Resümee zur Auswertung der NRW Abfragen

Projekte

Die bislang erfassten Daten zeigen, dass bei der Stadt Hamm bereits insgesamt betrachtet sehr viele Angebot vorhanden sind. Jedoch laufen viele Projekte mit ähnlichen bzw. fast auch gleichen Zielsetzungen unkoordiniert und parallel nebeneinander. Der nächste Schritt wird sein, diese Angebote anhand der strategischen und operativen Ziele und entwickelten Kennzahlen sozialräumlich zu bewerten und ihre Effektivität zu beurteilen. Bei Angeboten mit fehlenden Indikatoren sollte noch einmal überprüft werden, welche messbaren Kriterien vorhanden sind, um so auch diese aussagefähig evaluieren zu können.

Netzwerke

Auf den ersten Blick erscheint die Anzahl der Netzwerke in den Sozialräumen Bockum-Hövel, Norden und Herringen sehr hoch. Daher ist zu überprüfen, inwieweit die Netzwerke in den einzelnen Sozialräumen miteinander verknüpft werden können, um so doppelte Strukturen zu vermeiden.

Projekte und Netzwerke in Verbindung

Bei der Anbindung der Projekte an die Netzwerke (67 % der Angebote sind an ein Netzwerk angebunden) besteht die Chance durch gezielte Steuerung und Koordinierung auch seitens der Kommune (städtische Institutionen sind an 75 % der Netzwerkleitungen beteiligt und 54,5 % der Angebote werden zumindest kommunal mitfinanziert), Netzwerke und Angebote zu verknüpfen und eine Gesamtstrategie zu entwickeln. Hier existiert ein Anknüpfungspunkt, bei dem durch bedachte Umsteuerung von finanziellen Ressourcen die Möglichkeit vorhanden ist, vom bisher teuren Korrekturmaßnahme auf Prävention umzustellen.

Für den weiteren Verlauf des Projektes ist es wichtig, dass mit Hilfe von Präventionskoordinatoren und Präventionskoordinatorinnen alle Maßnahmen in den Blick genommen, auf die strategischen Ziele überprüft, darüber hinausgehenden Bedarfe erfasst und bedacht, Netzwerke auf ihre Zielsetzung und Funktion überprüft, ggf. in ihrer Zusammensetzung und Ausrichtung verändert werden und die Anbindung von Maßnahmen dort stattfindet.

gez. Wesky / Paydar (Auszubildender im Kinderbüro)